



P R E S S E A U S S E N D U N G

Gemeindefinanzstatistik 2013 – GVV Ausgleichsfonds für strukturschwache Gemeinden höchst notwendig

GVV-Präsident Trummer: „Unsere Kommunalpolitiker leisten ausgezeichnete Arbeit, dennoch muss der vom GVV und vom Österreichischen Gemeindebund geforderte Ausgleichsfonds kommen!“

Eisenstadt, 30.06.2014 – Die am Montag präsentierte Gemeindefinanzstatistik 2013 zeigt deutlich, dass die burgenländischen Kommunen sehr gut wirtschaften. Dennoch ist vor allem die einnahmenseitige Finanzierung bei vielen Gemeinden problematisch. Daher zeigt sich einmal mehr, dass der vom GVV vehement geforderte Ausgleichsfonds für strukturschwache Gemeinden, eine Aufgabenreform, eine Modernisierung der Einheitsbewertung und eine Reform der Grundsteuer höchst notwendig sind.

GVV-Präsident Trummer: „Tatsache ist - wie die aktuelle Gemeindefinanzstatistik für 2013 zeigt - dass unsere Verantwortlichen in den Kommunen gut wirtschaften, und das, obwohl die finanziellen Rahmenbedingung in den letzten Jahren aufgrund der Krise nicht rosig waren. Ohne eine Ausgaben- und Aufgabenreform auf Bundesebene werden wir nicht weiterkommen. Hier herrscht dringender Handlungsbedarf. Als Sofortmaßnahme muss außerdem ein Ausgleichsfonds als Unterstützung für strukturschwache Gemeinden kommen, der mit 500 Mio. Euro pro Jahr dotiert ist!“

Grund ist, dass durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel immer mehr Geld in die Ballungszentren fließt und daher ein solcher Fonds für die vielen strukturschwachen Gemeinden eine wichtige Hilfe ist, die sehr rasch umgesetzt werden kann, da der bestehende FAG dafür nicht aufgeschnürt werden muss!“

In der oftmals geforderten Abschaffung der Landesumlage sieht Trummer jedoch kein Allheilmittel für die Finanzen der Kommunen.

Trummer: „Man tut so, als wäre die Abschaffung der Landesumlage ein Alleinheilmittel für die Kommunen. Wir wissen aber, dass in Bundesländern ohne Landesumlage – z.B. in Niederösterreich – statt einer Landesumlage eben beispielsweise die Spitalskosten von den Gemeinden gesondert mitzufinanzieren sind. Und wir haben im Burgenland gemeinsam mit der Steiermark die geringsten Transferkosten von den Gemeinden an das Land zu leisten. Was wir brauchen ist ein Bekenntnis des Bundes zum ländlichen Raum und eine Ausgaben- und Aufgabenreform für die Gebietskörperschaften.“